

Werkstattverfahren „Quartiersentwicklung am Öjendorfer See“

Workshop mit Initiativen - Protokoll -

am 11. Januar 2016

in der Schule Fuchbergredder, Dringsheide 10-12, 22117 Hamburg

Hamburg, 13. Januar 2016

Teilnehmende:

Birzer, Markus (**Moderation**)

Groß, Ursula (**Bezirksamt Hamburg Mitte, Fachamt Stadt- u. Landschaftsplanung, Abt.ltg.**)

Hafke, Bodo (**Bezirksamt Hamburg Mitte, Dezernent Wirtschaft, Bauen, Umwelt**)

Initiative „Natürlich MITTENDrin“ (NM)

Initiative „Öjendorfer Park“ (ÖP)

Arbeitskreis Dringsheide (Schule Fuchsbergredder, Kirchengemeinde, KiTa Wabe e.V.,

KiFaz Dringsheide / Das Rauhe Haus ...) (**AD**)

Vertreter der Bezirkspolitik

Die Leiterin der Schule Fuchbergredder begrüßt als Hausherrin

Herzlich willkommen in unserer Schule. Ich wünsche uns ein gutes Gespräch. Ich wünsche mir, dass wir einander zuhören.

Bodo Hafke

Herzlich willkommen. Ich begrüße Sie als Veranstalter und Auslober des Verfahrens.

Wir sind mit diesem Verfahren in einem Spannungsverhältnis: Viele Menschen kommen nach Hamburg, diese brauchen Wohnraum. Der Senat wünscht für die Menschen einen langfristigen Aufenthalt in Wohnungen, die anschließend auf den freien Markt kommen.

Jeder Bezirk soll eine deutliche Anzahl an Wohnungen schaffen. Und es gibt Nachbarschaften, die Sie hier vertreten, mit Befürchtungen, vielleicht auch Ängsten, Bedenken und vielen berechtigten Fragen. Unsere Aufgabe ist es, zwischen den Polen des Spannungsfelds zu vermitteln.

Wir haben hier eine intensive und konzentrierte Planung. Ein wichtiger Baustein davon sind die Gespräche mit Ihnen. Wir wollen von Ihnen erfahren – jenseits der Setzungen, die wir durch den Senat und die Planung haben – was wir machen können, damit das verträglich wird. Wir möchten es möglichst verträglich machen. Wir möchten eine Mischung erreichen. Wenn wir etwas neu bauen werden, sollen das Quartiere werden und nicht Ghettos. Wir kennen die Diskussion, die in der Stadt geführt wird und wollen auch aus innerer Überzeugung keine Ghettos.

Deswegen haben wir uns eine Abstufung ausgedacht. Gebiete, die wir entwickeln, sollen eben nicht vollständig für den Zweck Flüchtlingswohnen geschaffen werden, sondern wir wollen gleich anfangen mit dem Bau von anderen Wohnungen. Wir hoffen, dass wir mit Ihnen gut ins Gespräch kommen, dass wir vielleicht in ein besseres Einvernehmen mit Ihnen kommen – bei allen Konflikten, die darin liegen. Vielleicht schaffen wir eine Planung, die für alle akzeptabel ist.

Deswegen freue ich mich, dass Sie hierher gekommen sind, dass Sie Ihr Interesse als Initiative auch öffentlich äußern und uns auch im Vorfeld sehr stark kontaktiert haben. Ich denke, heute ist ein Abend des Austausches, bevor dann das Verfahren am 14. Januar mit einer zweiten großen Bürgerversammlung starten wird, bei der wir dann im Einzelnen vorstellen werden, in welche Richtungen gearbeitet werden soll. Dies ist eine weitere Möglichkeit zur Diskussion. Ich freue mich auf diesen Abend und hoffe, dass wir in ein gutes Gespräch kommen.

Markus Birzer:

Vorstellung seiner Person, des Auftrages und Erklärung des Werkstattverfahrens:

Dieses Verfahren habe über 40 Stunden Beteiligung – insgesamt 15 Veranstaltungen, die innerhalb von nur 2 Wochen stattfinden. Er stellt einen Vergleich mit dem Beteiligungsverfahren am Klosterstern her. Von Mai bis Dezember habe es weniger Stunden an Kommunikation mit den Bürgern gegeben als in diesem Verfahren.

Es handele sich um ein Verfahren, das zwar zeitlich sehr komprimiert und sehr eng ist, aber es ist dennoch ein sehr breites Verfahren, bei dem auch unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten angeboten werden.

Vorstellung des Ablaufplanes zur Beteiligung:

14.01.2016: Auftaktveranstaltung

16.01.2016, 18.01.2016, 20.01.2016: Insgesamt fünf Workshoptermine

15.01.2016: Mobiles Planungsbüro im Billstedt-Center

19.01.2016: Mobiles Planungsbüro bei REWE (Dringsheide)

22.01.2016: Mobiles Planungsbüro im Billstedt-Center

Mit den mobilen Planungsbüros sollen Menschen erreicht werden, die vielleicht noch nichts von den Plänen gehört haben.

22.01.2016 von 17 bis 21 Uhr: Messe und Vorstellung der bisherigen Ergebnisse

Es ist ein sehr reichhaltiges Verfahren mit sehr unterschiedlichen Methoden und Bausteinen und mit vielen Möglichkeiten mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Das ist auch, das hat Herr Hafke bereits gesagt, Ziel des Verfahrens, mit möglichst vielen und auch möglichst unterschiedlichen Personen Gespräche zu führen.

Den Abend heute bieten wir an, weil wir im Vorfeld festgestellt haben, dass es eine ganze Reihe von Menschen gibt, die sich in irgendeiner Form zusammengeschlossen haben. Das sind einmal die beiden Initiativen, die sich auch gleich vorstellen werden, nämlich die Initiative „Öjendorfer Park“ und die Initiative „Natürlich MITTENDrin“. Diese beiden kann man als Bürgerinitiativen bezeichnen. Die dritte Initiative besteht aus Organisationen, Infrastruktureinrichtungen und Vereinen, die sich vornehmlich im Arbeitskreis Dringsheide engagieren.

Wir wollen nicht nur über die Medien kommunizieren, sondern wir bieten in diesem Workshop an, sich untereinander auszutauschen, welche Ziele man verfolgt, welche

Richtung man gehen möchte, was man auf jeden Fall will, was man auf keinen Fall will. Das ist das Ziel des heutigen Abends.

Vorstellung Teilnehmer

Erklärung zum Protokoll: Dies sei kein Live-Protokoll wie durch den stenographischen Dienst im Bundestag, dennoch werde versucht, möglichst detailliert mitzuschreiben. Das Protokoll werde zeitnah im Internet zur Verfügung stehen.

In der Runde wurde beschlossen, dass keine Namen im Protokoll – außer seitens der Vertreter*innen des Bezirks – sondern dass statt dessen der Name der jeweiligen Initiative, für die die Wortmeldung erfolgt, aufgenommen werde.

Ursula Groß stellt sich und ihre Aufgaben in der bezirklichen Stadtplanung kurz vor und erläutert den aktuellen Stand der Planung:

Ich werde jetzt nicht inhaltlich tief einsteigen, das wollen wir ja am 14. Januar für alle machen. Es haben sich aber einige wesentliche Dinge geändert seit dem 2. November 2015.

Ein Punkt ist wichtig. Wir möchten keine Fläche ausschließlich für Flüchtlinge, also für das Wohnen von Flüchtlingen, entwickeln. Das ist wichtig zu wissen und das will ich hier noch mal bekräftigen.

Auf der ersten Teilfläche östlich von Haferblöcken, die genau anschließt an die neue Siedlungsstruktur, in der die meisten von Ihnen leben, wollen wir dort einen Teil für Flüchtlinge entwickeln. Wir haben uns entschieden, dass dies in den beiden nördlichen Baufeldern geschehen soll. Das ist weniger als die Hälfte. Wir haben in dem Plan diejenigen Flächen dargestellt, auf denen überhaupt gebaut werden kann, weil die Knicks geschützt werden müssen, weil wir Abstandsflächen einhalten müssen oder weil ein Regenrückhaltebecken entsteht. Insofern sind die Flächen, die überhaupt bebaut werden können, nur ein Teil des gesamten Gebiets. Wir haben ja hier auch ökologisch hochwertige Flächen, die wir nicht angreifen können. Das ist eine bisher noch nicht veröffentlichte Neuigkeit, dass diese beiden nördlichen Baufelder nach dem neuen Bundesrecht (§246 Absatz 14 Baugesetzbuch) über Baugenehmigungsverfahren ohne Planrecht (Bebauungsplan) bebaut werden sollen.

Es wird dann aus unserer jetzigen Sicht einen zweiten Bauabschnitt geben, für den wir aber erst Planrecht schaffen müssen. Und das ist die zweite Neuigkeit: wir sind mit der sogenannten Grobabstimmung in ein Bebauungsplanverfahren eingestiegen. Das ist der erste Schritt, indem man mit allen Fachleuten über die Rahmenbedingungen spricht, die zu berücksichtigen sind. Da geht es um technische Fragen, Infrastruktur, Schulen, Fließrichtungen von Gewässern usw. Das, was wir dort als Fachwissen mitbekommen haben, haben wir in die Beschreibung dessen, was dort entwickelt werden soll (Aufgabenpapier) mit aufgenommen.

Auf der zweiten Teilfläche östlich des Öjendorfer Sees haben wir eine große Hochspannungsleitung, die ist so präsent, dass alle wissen, darunter kann nicht gebaut werden. Da gibt es einen Achtungsabstand. Man muss auch zur Autobahn hin Lärm- und Sichtschutz entwickeln. Für Sie neu wird es sein, dass wir hier einen sogenannten Testentwurf zeigen. Man macht eine Planung, die schon wesentliche Restriktionen bedenkt. Das ist aber nicht der Entwurf. So wird nicht gebaut werden. Das ist von Planerseite eine Möglichkeit, wie es sein könnte. Man muss sich einer solchen Fläche planerisch nähern. Auf der einen Seite nähern wir uns durch Gespräche im Zuge des Werkstattverfahrens, um am Ende die Entwürfe zu finden, mit denen man weiterarbeitet. Das heißt nicht, dass am Ende des Werkstattverfahrens für beiden Flächen der letzte Federstrich getan ist, man hat dann aber eine sehr konkrete Richtung.

Anders ist es bei den eben beschriebenen Flächen auf der anderen Seite des Sees: Hier ist beabsichtigt, sehr schnell nach dem Werkstattverfahren in dieses Baugenehmigungsverfahren einzusteigen (zeigt auf Darstellung „östlich Haferblöcken“, Nordteil), weil es ja die Zielsetzung gibt, dass schon in diesem Jahr gebaut und Ende des Jahres auch schon bezogen werden soll.

Wir haben es geschafft, dass die SAGA zusammen mit zwei Wohnungsbaugenossenschaften (Hansabaugenossenschaft, Baugenossenschaft freier Gewerkschafter) bereit ist, auf der ersten Teilfläche (Haferblöcken) zu bauen. Diese Unternehmen haben ja hier im Bereich Billstedt-Horn Baubestände in verschiedenen Größen. Wir haben mit den Unternehmen und den Vorständen auch im Zuge der integrierten Stadtteilentwicklung bislang eine gute Zusammenarbeit.

Frage aus dem Publikum (ÖP)

Die Fläche am Haßlohredder gehört doch gar nicht der Stadt.

Ursula Groß

Das stimmt. Es gibt Gespräche zwischen dem LIG und dem Eigentümer, aber es gibt noch keine Kaufverträge. Es ist wichtig, dass wir am Ende des Verfahrens einen Entwurf küren werden, der uns zeigt, was dort machbar ist.

Sie merken anhand meiner Darstellung, dass es unterschiedlich konkret ist auf beiden Seiten. Zum Mengengerüst: Da gehen viele Zahlen durch die Medien. Es ist nicht so, dass es bis auf die letzte Wohneinheit vorgegeben ist. Zur Zeit rechnen wir in diesen beiden Baufeldern mit ca. 250-300 Wohneinheiten (1. Teilgebiet, die zwei oberen Baufelder). Wir rechnen mit etwa 150 Häusern, da dort Reihenhäuser entstehen sollen, die so konzipiert sind, dass in einem Reihnhaus 2 Wohnungen untergebracht werden. Die sind dann unterschiedlich groß. Das hat den Vorteil, dass man Familien unterbringen kann, aber auch 2-3 Einzelpersonen, man diese aber unter einem Dach hat. Dann hat man von vorherein ein Zusammenwohnen unter

einem Dach, das verhindert soll, dass man in eine Ecke Alleinstehende setzt und in die andere Ecke die Familien. Das kennen wir auch aus anderen Stadtteilen, dass das ganz gut funktioniert, wenn man mischt. Das bedeutet aber auch, dass nicht in jeder Wohneinheit fünf Menschen leben, sondern dass man in der einen vielleicht nur 3 hat und in der anderen vielleicht vier bis fünf, sodass man pro Haus mit etwa acht bis neun Leuten zu rechnen hat. In den Bereichen hier unten (unterer Westen, 1. Teilgebiet) gibt es dann noch einmal etwa 300 Wohneinheiten. Das sind die Dinge, die bislang so gesetzt sind.

Wir werden natürlich eine Einführung machen am 14. Januar. Bei diesem Termin können Sie aber auch nach der Plenumsrunde mit Fachexperten Gespräche führen. Sie können konkrete Sachen fragen. Das wollen wir heute Abend eher nicht, wollen nicht so ins Detail gehen. Wir wollen heute eher gemeinsam mit Ihnen diejenigen wesentlichen Dinge herausarbeiten, die wir dann auch noch einmal berücksichtigen können und müssen für das weitere Verfahren.

NM

Könnten sie bitte klarstellen, mit wie vielen Personen Sie pro Wohneinheit rechnen. Sie haben das gerade nicht klar genug gesagt. Teilweise drei, teilweise fünf pro Haus. Ein Haus sind dann wieder zwei Wohneinheiten. Im Endeffekt geht es ja hier um Menschen. Wie viele Menschen sind im Moment in Planung? Von Herrn Mathe kenne ich eine Aussage, dass er mit vier Personen zu rechnen hat pro Wohneinheit. Das ist eine Aussage aus dem Dezember. Herr Kock als Vertreter der BSW hat jetzt in der Presse fünf gesagt. Womit rechnen Sie zur Zeit?

Ursula Groß

Man rechnet mit vier bis fünf Personen pro Wohneinheit im Durchschnitt. Die Wohnungsunternehmen möchten die Häuser so planen, dass dort perspektivisch Familien wohnen. Vielleicht mit einer Einliegerwohnung für die Eltern. In der ersten Phase des Flüchtlingswohnens werden es etwa acht oder neun Personen unter einem Dach sein. Wir können das heute aber noch nicht sagen. Wenn ich jetzt sage 150 Häuser mal 9, dann sind das 1.300 Personen bis 1.400 Personen. Das ist nicht fix, aber über solche Sachen sprechen wir ja mit Ihnen.

NM

Es geht nur um Fakten. Ich will ja wissen, ob Sie im Endeffekt auch Kapazitätsberechnungen machen. Von irgendetwas müssen Sie ausgehen. Mir geht es nur um die Information.

Ursula Groß:

Die Information heißt, dass es hier noch ein bisschen Variabilität gibt.

NM

Ich hab das jetzt so verstanden, dass da nur Reihenhäuser entstehen.

Ursula Groß

Ich sprach von einem Bautyp, bei dem zwei Wohnungen in einem Haus sind.

NM

Also keine vier- oder fünfstöckigen Gebäude auf keinem der Baufelder?

Ursula Groß

Das kann ich jetzt noch nicht sagen. Von den Häusern, die man hier bauen will, weiß man, dass sie funktionieren, d.h. man kann dafür relativ schnell eine Baugenehmigung bekommen, da sie an anderer Stelle schon gebaut wurden. Es gibt Vorgabe für die Planerteams, dass man zwischen zwei bis vier Bautypologien wählt. Die Anordnung der Gebäude obliegt der Kreativität der Planerteams, unterstützt durch das Verfahren. Im unteren Westen könnte man dann vielleicht auch etwas variieren, da könnte das ein oder andere Gebäude auch höher ausfallen.

Wir sehen aber auch die Gebäude, die als Nachbarn schon da sind. Wir wollen nicht daneben eine Großwohnsiedlung hinsetzen. Der Geschosswohnungsbau in diesem Entwurf hier war unser erstes Herangehen, um auch die Menge von Menschen unterzubringen, die als Vorgabe vorliegt. Die Frage war: Geht das dort überhaupt? Zur Zeit sprechen wir hier nicht vom Geschosswohnungsbau, aber es kann schon sein, dass hier in diesem Bereich das eine oder andere viergeschossige Gebäude (drei plus Staffel) entsteht, aber nicht flächendeckend. In dem anderen Bereich ist die Aufgabenstellung offener. Wir denken aber nicht an Geschosswohnungsbau.

ÖP

Wurde eine Bodenanalyse durchgeführt? Ich weiß, dass da oben an der Autobahn eine Firma tätig ist, die die Entwässerung der Autobahn vornimmt. Die haben ungefähr 20 Bohrungen gemacht, und haben in 2,5m Tiefe Torf entdeckt – es muss gepfahlt werden. Mein Nachbar musste für seinen Keller 10 Meter ausschachten. Bevor man überhaupt groß durchplant,, sollte man sich das überlegen. Das kann sehr teuer werden. Also eine Bodenanalyse, ist die gemacht worden?

Eine andere Sache: Wie ist die Planung oder die Durchsetzung dieser Baumaßnahmen bei der vorhandenen Infrastruktur, bei der Straßenanbindung? Ich vermute, das soll, so wie die Straßen jetzt gegeben sind, durchgeführt werden? Da mach ich persönlich nicht mit. Ich wohne direkt im Fuchsbergredder. Ich weiß was passiert ist, als die Siedlung 103 gebaut wurde.

Ursula Groß

Es werden Bodenuntersuchungen gemacht. Es ist wahrscheinlich, dass aufgrund der Bodenverhältnisse ohne Keller gebaut wird.

ÖP

Dann kommen wir wieder ein Geschoss höher. Der Keller müsste dann ja rausgebaut werden.

Ursula Groß

Nein, es gibt ja Kellerersatzräume. Schuppen, die man baut.

ÖP

Ah, also wieder Bodenversiegelung?

NM

Wie ist das auf den südlichen Baufeldern. Wenn das nicht Wohnungen für Flüchtlinge sind, wenn das in den normalen Baubestand mit aufgenommen werden soll, warum baut man dann in einem Landschaftsschutzgebiet. Wenn da keine Not besteht, warum plant man da mit viergeschossigen Wohnungen?

Und wie ist das mit den sozialen Einrichtungen auf dem Gebiet Haferblöcken? Es ist ja noch nicht mal klar, ob das andere Gebiet entstehen kann. Man hat das Grundstück ja noch nicht einmal gekauft.

Ursula Groß

Das mit der Höhe kann man noch nicht abschließend sagen. Es kann ein einzelner Bau entstehen, der höher ist. Wir haben ja vier Planerteams. Aus deren verschiedenen Entwürfen soll am Ende zusammengesetzt etwas Gutes bei rauskommen.

Zu den sozialen Einrichtungen: Die Fläche östlich vom Öjendorfer See ist ja eher abgehängt zur Zeit wegen der Autobahn etc. Möglicherweise werden aber Verbindungen geschaffen nach Schleswig-Holstein oder nach Wandsbek. Wir haben hier westlich Verbindungen nach Dringsheide und nach Jenfeld –

ÖP

Haben wir nicht.

Ursula Groß

Die müssen wir natürlich schaffen. Die Kollegen meinen, man könnte hier später Richtung Süden entwickeln. Wir haben dazu Fachexperten zu diesen Themen am 14. Januar und in den Workshops, um das noch einmal aufgreifen zu können. Zunächst (bei unserem Testentwurf) haben wir die Schule dort geplant. Von der Fachbehörde wird sie zur Zeit nicht als Bedarf gesehen.

NM

Die unteren beiden Flächen, was ist denn deren Verwendungszweck?

Ursula Groß

Wohnen.

NM

Die oberen beiden Flächen werden für die Flüchtlinge gebaut, 1.275 Personen wären das, bei 8,5 Menschen pro Wohnung und mal 150 Wohneinheiten. Zum Verwendungszweck für die unteren beiden Baufelder: Wer soll da denn wohnen?

Ursula Groß

Geplant ist derzeit freifinanziertes Wohnen. Das ist aber noch nicht abschließend festgelegt oder vereinbart.

NM

Freifinanziertes Wohnen ist natürlich etwas anderes als Sozialwohnungsbau.

Ursula Groß

Ja. Was ich Ihnen noch einmal zeigen wollte: Es gibt ja hier noch die Fläche, die im Bebauungsplan als Jugendzentrum festgesetzt ist. Da sehen wir die Möglichkeit, dass hier speziell für Flüchtlingsfamilien Angebote geschaffen werden, auch im Außenbereich. Das Jugendzentrum ist aus unserer und Fachleute Sicht nicht mehr das, was wir dort brauchen.

Es soll auch Flächen geben für die Phase, in der fördern & wohnen für die Haushalte da ist. Die haben einen bestimmten Bedarf an Betreuungsfläche und an Gemeinbedarfsfläche, das ist den Planerteams in der Aufgabenbeschreibung dargelegt worden.

ÖP

Stellen wir uns vor, es muss ein Bodenaustausch vorgenommen werden und ich weiß, dass der vorgenommen werden muss. Der kann nicht über die Brücke geführt werden. Wie wollen Sie in der Bauphase dieses Baugebiet erschließen? Was bedeutet der neue Bauparagraph für uns, dass auch nachts gebaut werden darf?

Bodo Hafke

Nein zum letzten Teil der Fragen!

ÖP

Wird eine Baustraße gebaut? Eine Anbindung an die A24 wäre sinnvoll, damit in der Bauphase zumindest der Schwerlasttransport von 12 bis 18-Tonnern nicht über den Fuchsbergredder geleitet wird. Ich hab dazu, das würde ich später gerne einmal vorstellen, ein Konzept entwickelt, wie man den Transport und auch den Busverkehr vernünftig regeln kann. Das würde allerdings auch Mitte betreffen. Die müssten uns dann vielleicht ein bisschen entgegenkommen.

MB

Da kommen wir dann später dazu.

Bodo Hafke

Wir haben noch kein konkretes Konzept für die Baustraße, wir wissen aber, dass der Fuchsbergredder nicht geeignet ist dafür. Wir suchen eine Lösung mit den Fachleuten. Es ist auch sinnvoll, wenn Sie und Ihre Kollegen Ihre Idee direkt bei unseren Fachleuten vorbringen. Natürlich ist das eine ganz schwierige Geschichte. Wir werden auf jeden Fall versuchen vorzubeugen.

ÖP

Die Infrastruktur müsste als erstes in den Workshops kommen, dann würden Sie eventuell auch einige Gebäude noch verändern. Mich stört, dass die sozialen Einrichtungen am Park liegen. Das bedeutet auch, dass die Kinder da im Dunkeln sind. Das muss alles beleuchtet werden. Soziale Einrichtungen müssen an den Haferblöcken gebaut werden.

Markus Birzer

Das geht jetzt schon sehr weit ins Detail. Ich würde gerne noch über die Ziele der Initiativen sprechen.

Bodo Hafke

Noch eine klare Aussage. Wir haben das deswegen in den Osten gelegt, weil uns durchaus bewusst ist, wie abgehängt das ist. Durch einen Attraktionspunkt wollen wir einen Austausch zwischen Siedlungsteilen fördern. Der Gedanke ist sehr abstrakt und theoretisch. Wir wissen auch noch nicht, wie das läuft, wir haben das Grundstück auch noch nicht gekauft. Wir sind bemüht, dass wir überall gute Versorgung hinbekommen.

ÖP

Die Verlängerung von dem ehemaligen Reinskamp wurde schon einmal als Bauverkehrsstraße genutzt. Wenn man diese Straße als Sternstraße nutzen würde, könnten die Autos hier drauffahren und so auch wieder weg. Des Weiteren könnte man den Autobahnverkehr auf 80 anstelle der 120 kmh reduzieren.

Grundsätzlich ist das, was an sozialen Einrichtungen für Billstedt 103 angedacht war, noch nicht realisiert. Wie soll das Gebiet versorgt werden? Einkaufstechnisch, arzttechnisch. Weiß man, wie das Drumherum ist? Es gibt in der Dringsheide nur den Rewe. Ansonsten bezirkstechnisch nichts in dieser Ecke. Außer in Jenfeld. Jenfeld wird aber auch belastet. Das ist sehr sehr schwierig.

Bodo Hafke

Das ist ein wichtiges Thema, das wir auch diskutieren müssen.

NM

Ist es sinnvoll, zwei Baufelder mit Wohnungen für Flüchtlingen direkt nebeneinander zu setzen?

Ursula Groß

Es ist ein Start. In diesem Start ist es schwierig, das total auf die Gesamtfläche zu verteilen. Das Ziel ist ja, dass die Menschen, die dort wohnen, vielleicht relativ schnell ihren Flüchtlingsstatus verlieren und dann an eine andere Stelle ziehen, so dass dann in die Wohnungen, sobald wir Baurecht haben, auch andere Familien hinziehen können.

NM

Das beantwortet nicht wirklich meine Frage. Es ist die Frage nach der Sinnhaftigkeit, zwei Baufelder nebeneinander für diesen Wohnzweck zu setzen. Das lässt sich doch nicht damit beantworten, dass es am Anfang einfacher oder kostengünstiger ist, darum geht es doch im ersten Moment gar nicht.

Markus Birzer

Haben sie einen Gegenvorschlag?

NM

Nein. Eine Auflockerung vielleicht.

NM

Zu dem Workshopverfahren: Wir reden ja von 4.000 Flüchtlingen, die ja in diesen beiden Gebieten untergebracht werden sollen. Das erscheint mir schon als Ghetto. Man möchte hier kein Ghetto bauen. Wenn wir in diesem Workshop sind – da werden fast alle sagen: es ist die Masse von Flüchtlingen, die uns eben stört. Davor haben die Leute Angst. Denen werden die baulichen Fragen egal sein, so glaube ich. Was soll, wenn diese Fragen aufkommen, bei dem Workshop passieren?

Markus Birzer

Wir wollen uns heute hier darüber unterhalten, welche Ziele die einzelnen Initiativen haben. Ich könnte mir vorstellen, dass das eines der Ziele ist, auch über das Mengengerüst zu reden.

NM

Wir sind zur Stunde überhaupt nicht überzeugt, dass da überhaupt etwas hin muss. Wir sehen ja hier nur einen Ausschnitt des ganzen Themas. Wenn Sie alles in einem 2km-Radius einbeziehen, erreichen Sie eine Zahl von 10.000 Menschen. Das ist eine Kleinstadt. Auf der Fläche einer Kleinstadt. Vor Häusern hat keiner Angst. Es ist auch gerne ein bisschen subjektiv. Aber Angst ist nicht objektiv.

NM

Wird meine Frage zum Workshopverfahren dann später behandelt?

Ursula Groß

Dass die Menge einfach sehr groß ist, das sehen wir genauso. Wir haben von Beginn an gesagt, wir wollen das auf mindestens zwei Flächen. Es geht dabei aber definitiv nicht nur um Bauliches, es geht auch wirklich um die Fragestellung der Integration und entsprechender Möglichkeiten und Angebote.

Markus Birzer

Und deshalb sind wir heute ja auch hier.

NM

Ich habe den Eindruck, Herr Hafke, das müssen wir mal an Sie adressieren. Wir gucken jetzt hier auf die kleinen Flächen, da gucke ich erst einmal groß darauf und sehe: Ok ich bin im Grenzbereich zwischen Jenfeld und Billstedt, das sind zwei verschiedene Bezirke. Diese Grenze ist erst einmal künstlich. (Aufzählung Verwaltungsbereiche). Wir haben eine bestimmte Entwicklung und ich stelle mir die Frage: Was bin ich denn in der Lage aufzunehmen? Was bedeutet diese Belastung für mich? Keiner kann wirklich vorhersagen, was da passiert. Wer schaut da kritisch darauf, dass diese Entwicklung, die schon schwierig ist, dass die nicht einsetzt. Und mit wem ist das verhandelbar? Ich persönlich finde es nicht ehrlich, mit Ihnen auf eine Fläche zu schauen, über Dinge zu diskutieren, wo die Randbedingungen nicht geklärt sind. Sie haben Vorgaben. Was ist hier bewegbar und was nicht? Wenn die Ergebnisse von hier verpuffen, gibt es noch mehr Ärger. Die Leute, die da wohnen, das ist eine geschlossene 3-Seit-Lage. Der Park nimmt nichts auf, die A24 nimmt nichts auf, der Friedhof nimmt nichts auf. Die Dringsheide ist bekannt, wie sie funktioniert. Durch die Neubauten wurde das Niveau in den Schulen gehoben das hat auch ThiesRabe bestätigt. Das sind die Leute, die nehmen auf, die schaffen Integration zum Bestehenden. Man muss erst über Integration reden, dann über das Bauen. Aber mit wem muss man reden, an wen muss man es adressieren, um eine Antwort zu bekommen?

Bodo Hafke

Das ist natürlich auch eine Frage der Belegung. Wie weit mischt sich das vom Norden (Jenfeld). Bei fördern & wohnen wird Fachpersonal zur Betreuung der zugewanderten Menschen eingestellt. Aber wie ist das mit Integration, ab wann wird es kritisch? Kann man das überhaupt fassen? Das ist für uns die Bedingung als Bezirk, dass die Mischung auch gut ist. Die Erkenntnis ist da, alle Soziologen sind sich da einig, eine Mischung der Nationen ist sinnvoll. Das ist ein zu vertiefendes Thema, ich kann Ihnen da jetzt leider auch nicht die richtige Antwort geben, aber das ist eine Frage, die uns genauso beschäftigt.

NM

Wir machen Flüchtlingsbau im großen Stil, aber es ist noch nicht bekannt, wie das genau funktioniert mit einer großen Menge. Wir haben einen riesen Change darin. Wie behandle ich den jetzt? Dadurch, dass ich Transparenz schaffe und nicht dadurch, dass ich sage: jeder Bezirk bringt jetzt 4.000 Flüchtlinge unter und wir machen es dort, weil da eine Fläche ist.

Wenn wir gemeinsam eine Diskussion führen, die auch eine gewisse Ergebnisoffenheit hat, dann glaube ich, kommen wir mit wesentlich weniger volkswirtschaftlicher Energie durch das Verfahren als jetzt. Es wird nachher Gift geben, wenn das nicht klarer wird. Dieser Change hier ist immens, das sollte auch berücksichtigt werden.

NM

Welche Fluktuation werden wir da haben, wenn es reines Flüchtlingswohnen gibt? Sobald die Menschen ihren Asylstatus haben, dürfen sie nicht mehr dort wohnen. Das soll ja auch noch beschleunigt werden. Das heißt, wir bekommen alle drei bis sechs Monate da neue Menschen hin. Wie lange planen Sie den Status? Mit welcher Fluktuation rechnen Sie? Was sollen wir an Integrationsarbeit in der Zeit leisten? Wenn alle sechs Monate die Belegschaft getauscht wird, wird das nicht besser

15 Jahre ist die Zeitspanne? Nach dem BauGB §246 muss das ja befristet sein. Bei Matzkamp hat man ja über drei Jahre gesprochen, jetzt sind es 25.

Wieso werden zwei Flächen ausgewählt, die eigentlich nicht geeignet sind? Wieso hat der Bezirk Mitte zwei Flächen genommen, wo der Senat schon sagt, eigentlich gehen die nicht, weil das eigentliche Ziel, das Gebiet als Wohnflächen zu nutzen, schwer umsetzbar ist. Eine Fläche ist nicht siedlungsnah, die andere eine Parkanlage.

Bodo Hafke

Das wachsende Hamburg und Flüchtlinge ergeben einen doppelten Zuzug und somit Bedarf an Wohnflächen. Das Ermächtigungsgesetz schafft die Möglichkeit, auf Flächen Flüchtlingsunterkünfte zu planen, auf denen eine normale Wohnbebauung nur schwer umsetzbar wäre.

NM

Laut Senat sei das B-Planverfahren für dieses Projekt schwer umzusetzen, weil es eine Parkanlage ist. Das steht so in der Senatsdrucksache.

Bodo Hafke

Das war eine erste Einschätzung. Wir trennen das natürlich und Planrecht können wir schaffen. Es gibt eine Festlegung des Senats, dass die Landschaftsschutzgesetze aufgehoben werden. Wir haben eine Parkanlage, das steht im Bebauungsplan, deshalb muss er geändert werden. Der §246 Absatz 14 BauGB ist die Ermächtigung, in Bereiche ohne planungsrechtliche Zulässigkeit hineinzugehen, mit der Ansage, nachher wieder

zurückzubauen, nach einer gewissen Zeit. Dahinter steht die Annahme, dass langfristig kein Schaden entsteht. Indem parallel ein Bebauungsplan aufgestellt wird, kann, wenn der Bebauungsplan gültig wird, der Rückbau entfallen. Deswegen weisen wir ein neues Wohngebiet aus.

Im Falle der Fläche Haferblöcken müssen nach einer Genehmigung nach § 246 Baugesetzbuch der Flächennutzungsplan, das Landschaftsschutzgebiet und der Bebauungsplan muss geändert werden, um eine dauerhafte Bebauung zu ermöglichen.

Im Osten ist es das Gleiche. Da haben wir ein sogenanntes Außengebiet. Das heißt, da dürfen eigentlich auch nur „privilegierte“ Nutzungen stattfinden [Landwirtschaft, Energiegewinnung]. Auch hier wird es durch den §246 ermöglicht, gilt aber nur so lange, bis wir das Planrecht geschaffen haben und dann können wir es dauerhaft machen. Der Senat gibt vor, dass Wohnungen in einem angemessenen, guten Standard gebaut werden sollen, die dort 90 Jahre oder länger stehen werden und deshalb muss die Genehmigung über den § 246 nachfolgend durch einen Bebauungsplan gefestigt werden.

Es wird Fluktuation geben, aber nicht alle sechs Monate. Es soll Stabilität entstehen. Es wird deshalb auch Wohnungen geben, die zu kaufen sind.

NM

Wie lange soll der Vorgriff alleine stehen (zitiert aus Drucksache 1838 des Senats)

Bodo Hafke

Parkanlage und Parkanlage kann ein Unterschied sein. Im Stadtpark wird man das sicher nicht machen. Die im Bebauungsplan ausgewiesene Parkanlage ist aber noch nicht gebaut. Wir ändern die Ausweisung Parkanlage.

NM

Nochmals zum Thema Integration: Mit dem §246 Absatz 14 wird es relativ hohe Fluktuation geben, wenn es alle drei bis sechs Monate einen Wechsel gibt, weil die Personen nach ca. drei bis sechs Monaten den Asylsuchendenstatus verlieren.

Ursula Groß

Ein B-Planverfahren dauert zwei bis drei Jahre. Bis die Gebäude bezugsfertig sind ist schon ein Jahr rum. Man hätte also etwa ein Jahr diese Überschneidung von der Sie sprechen. Die Frage, wie die Belegung erfolgt und wann sie ausläuft ist noch nicht vereinbart. Solche Sachen nehmen wir mit in das Verfahren Die Wohnungsunternehmen wollen jedenfalls so bauen, dass sie da langfristig gute Wohnungen haben. Das ist ein wichtiger Aspekt.

NM

Die Situation ändert sich nicht, es kommen jedes Jahr wieder 4.000 Flüchtlinge nach Hamburg.

ÖP:

Ich zitiere nochmals aus der Senatsdrucksache. Die Ausgleichsfläche ist für 103. Die Landschaftsschutzgebiete sollten im Übrigen seit 2010 der EU gemeldet werden. Hamburg wächst ja gar nicht, oder doch? Das wird von bestimmt und zum Schluss müssen wir damit klarkommen.

Bodo Hafke

Die Ausgleichsflächen für den bestehenden Bebauungsplan greifen wir nicht an. Wenn wir auf der Fläche der festgesetzten Parkanlage bauen, ist diese eine auszugleichende Fläche.

ÖP

Die Ausgleichsfläche soll dann in Volksdorf entstehen oder wie? Das, was uns gesagt wurde, war definitiv nicht innerhalb Hamburgs sondern in Schleswig-Holstein. Das ist für den Hamburger Bürger eine Augenwischerei. Wenn ich nach Großensee fahre, fahre ich nach Schleswig-Holstein und nicht nach Hamburg.

NM

Die Infrastruktur wurde am Rand immer stiefmütterlich behandelt, wir haben von allem zu wenig. Jetzt wird ein neues Gebiet geplant. Es müsste eine Gesamtschule bis zur Oberstufe, ein Kindergarten und Turnhalle rein, mit Anbindung an Dringsheide und Jenfeld. Ich fühle mich selbst nicht zu Billstedt. Unsere Einkaufsmöglichkeit geht eher in Richtung Jenfeld. Schafft erst einmal soziale Einrichtungen, plant die mit ein und dann fangt an zu bauen.

NM

Hier sind primär Job- und Ausbildungsmöglichkeiten das führende Thema. Billstedt ist da einer der schlechtesten Plätze, rundum fehlt es an Weiterbildungsmaßnahmen und Jobs. Auf den Flächen gibt es kaum Menschen. Die sind tagsüber arbeiten, also wann sollen wir integrieren? Was habt ihr da für praktische Vorstellungen, wie die Menschen dort integriert werden sollen? Der Verteilungsschlüssel von 1949 wird hier unpassend angewandt, der hat mit Flüchtlingsverteilung nichts zu tun. Herr Gabriel und Herr Altmeier haben entdeckt, dass die Menschen nicht mehr in die Städte gekippt werden dürfen.

15min Pause

Markus Birzer

Ich schlage vor, dass die Initiativen sich nun kurz vorstellen und ihre Ziele darlegen.

NM

Es gibt gefühlte tausend Fragen. Dennoch will ich hier etwas zu unseren Zielen sagen. Vom Grundsatz will die Initiative keine Bebauung, weil es keine ergebnisoffene Prüfung gibt. Die ist nicht erkennbar. Wir wollen eine ganzheitliche Betrachtung, eine transparente und

ergebnisoffene Prüfung des Standortes. Alle anderen Fragen, die wir gerade erörtern und machen sind unklar. Alles was wir da tun ist unklar.

Dies ist kein Bauprojekt sondern ein Integrationsprojekt über 10-15 Jahre. Die Bebauung spielt eine Rolle, aber keine zentrale Rolle, so denken wir da zumindest. Das kann fachlich ja noch anders sein. Wenn man das über 10 bis 15 Jahre denkt, dann bitte mit realistischen Risiken und Risikopuffern.

Wir begrüßen, dass wir reden können. Das Werkstattverfahren halten wir auch für wichtig. Im Moment ist es schwer nachvollziehbar, weil wir die ergebnisoffene Prüfung dieser Fläche nicht sehen. Man müsste das gesamtheitlich betrachten zusammen mit Elfsaal und die Gebiete drumherum. Erst danach kann man auf dem Mikrolevel diskutieren oder den Flächenlevel diskutieren.

Fragen haben wir ganz viele, aber dabei wollen wir es erst einmal belassen

AK Dringsheide

Was verstehen sie unter Puffer?

NM

Wenn Sie in ein Projekt gehen, haben sie Ziele. Ein Projekt ist etwas einmaliges, welches irgendein Ergebnis erzeugt. Manchmal wissen Sie, schaffe ich das Ziel oder schaffe ich das nicht. Dann habe ich da Risiken drin, die ich benennen kann, weil ich eben nicht weiß, ob es funktioniert oder nicht. Deswegen muss ich mir einen Spielraum lassen. In diesem Fall, erst wenn ich genau diese Information habe, kann ich eine gewisse Anzahl an Flüchtlingen zulassen. Diese Puffer und Risiken muss ich fachlich abprüfen und mit den Erfahrungen der Umgebung speisen. Wir haben mit der Dringsheide einen Raum, in welchem es diese Erfahrungen schon gibt.

Bei jedem industriellen Projekt wird ein Risikoregister benannt und es wird überlegt, auf welcher Art und Weise man derer Herr wird. Risiken kann man abbauen durch verschiedene Wege. Risiken wären hier zum Beispiel mangelndes Bildungsangebot etc.

Nachfrage AK Dringsheide

Was wäre hier als Pufferzonen zu benennen. Schulen, Zuwegung etc.?

NM

Das sind die harten Fakten. Wenn ich an Integration denke, geht es um weichere Faktoren: Was hat die Schule für Erfahrungen mit der Dringsheide? Wann hat es funktioniert, wann hat es nicht funktioniert? Die Sorgen und Ängste sollten durch fachlichen Rat mit Realität gespeist werden.

Wir stehen auch in Kontakt zum Integrationsgarten. Wie unterstützt die Stadt solche Projekte? Wir müssen erst analysieren, was für Risiken beherbergt dieses Projekt und dann müssen wir wissen wie gehen wir dagegen vor. Wer gibt die Antworten?
Wer hat Erfahrungen in der Integration? Wie geht das? Wichtige Stakeholder?

Es ist kein Bauprojekt sondern ein Integrationsprojekt. Bis jetzt geht es nur um den Bau. Nur einmal, am 2.11. 2015, hat sich Herrn Grote etwas dazu gesagt, wie Integration gelingen kann. Wir haben keine Erfahrungswerte. Wo sind die Erfahrungswerte? Wie soll die Integration gelingen? Wir haben keinen Plan gesehen, wie Integration vollzogen werden soll.

Ursula Groß

Sie sagten Integrationsgarten. Meinen Sie den interkulturellen Garten? Nur damit wir über das Gleiche sprechen.

NM

Ja, genau, den meinte ich.

Arbeitskreis Dringsheide (AD):

Wir bringen uns mit unserer 20-jährigen Erfahrung ein. Inzwischen ist es ein Stadtteil, der sich durchaus positiv entwickelt hat. Wir alle sehen die Notwendigkeit, dass diese Flüchtlinge untergebracht werden. Wir alle sehen die Problematik der großen Anzahl und sind zumindest auch, was den Haßlohredder betrifft, außerordentlich skeptisch. Wir schauen daher auch mehr auf den Standort Haferblöcken. Was brauchen wir an sozialer Infrastruktur, was wird zu Verfügung gestellt, um dann damit abzuschätzen, wie viele Wohnungen können wir da bauen und so und so viele Menschen können wir „betreuen“? Und da fehlen uns natürlich jetzt die Zahlen. Wir hoffen, dass das auch Teil dieses Workshopverfahrens ist. Da möchten wir gerne zu beitragen. Wie können wir dort an dem Standort aktiv werden?

ÖP

Ja aber es ist zu weit weg.

AD

Wir müssen schauen, wie können wir dort an dem Standort aktiv werden? Da kann irgendwie etwas mit dem Arbeitstitel „Haus der Begegnung“ hinkommen. Dann gilt es zu bestimmen, was da drin ist und die Frage nach der Fläche. Sind es 50qm oder 350qm. Das sind Fragen, die hoffentlich in diesem Workshop noch geklärt werden können.

NM

Wie wichtig erachten Sie, dass diese Art der Maßnahmen rechtzeitig mit dem schlagartigen Bezug von 1.275 Menschen zur Verfügung stehen?

AD

Stichwort Quartiersmanager. Ein solcher soll nicht erst kommen, wenn das da steht sondern mitplanen.

NM

Das kann man mit dem Anfang der Dringsheide vergleichen. Daher sollte der Quartiersmanager schon präventiv von Anfang an dabei sein.

AD

Ja, der sollte Im Vorfeld aktiv werden und jetzt starten. Man sollte so konkret wie möglich mit der Planung sein.

AD

Der Erfolg steht und fällt damit, dass diese Integration von Anfang an da ist, sonst sehe ich die Chance ziemlich gering, dass das ein Erfolg wird.

Ursula Groß:

Man hat ja schon einige Erfahrungen. Die SAGA GWG hat zum Beispiel Hausbetreuerlogen eingerichtet, die in den Quartieren da sind, um für die Bewohner ansprechbar zu sein. „Proquartier“ soll in diesem Gebiet aktiv werden, wenn die SAGA da baut. Vor Ort sind auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von fördern & wohnen, die von sich aus auch Betreuung mitdenken. Diese Sachen sind mit in die Planung reingenommen. Es gibt auch die Idee eines „Freiraum- Managers“ Das Fachamt Sozialraummanagement hat uns auch konkrete Hinweise mit auf den Weg gegeben. Wir wollen außerdem mit Ihnen ins Gespräch kommen. Es reicht aber nicht, wenn man für Infrastrukturangebote Flächen vorsieht und Räume baut sondern man muss auch an deren „Bespielung“ und an die Betreuung der Menschen denken.

NM

Es ist schon einmal gut, dass das das Ziel ist (Zeichnet Skizze an Planwand)

Wir brauchen und fordern Ehrlichkeit und Transparenz. Man muss auch sagen, was wissen wir nicht. Welches die Standardmaßnahmen sind und ob diese reichen.

AD

Wir versuchen Integrationsarbeit seit 40 Jahren in den unterschiedlichsten Projekten. Man kann vorher nicht sagen, ich mache die und die Maßnahmen und habe hinterher die Integration. Die Direktheit, was ich womit löse, ist da nicht gegeben. Das heißt nicht, dass die Notwendigkeit geringer ist. Die Sozialarbeit reicht nicht zum Puffer. Wir können nicht kalkulieren, was sich entwickelt, wir haben keine Erfahrungswerten, wir haben nichts Vergleichbares. Wir können nicht feststellen, wie lange die Leute dort wohnen, wie entwickelt sich das Asylrecht usw.

Was hier beredet wird, sind die Planerfaktoren. Wir werden Situationen erleben, die wir nicht erwarten, Positive und Negative und damit umzugehen wird die Aufgabe sein. Ich habe verschiedene Erfahrungen gemacht. Es gibt positive und negative Beispiele. Wir als Träger übernehmen keine Garantie, dass wir mit Geld Lösungen garantieren können. Wir haben hier kein normales Verfahren. In der Kürze werden wir keinen Ersatz für ein normales Bebauungsplanverfahren geben können, es werden Unzulänglichkeiten vorhanden sein. Wir müssen damit leben, was dazu kommt.

Teilnehmer(Politik)

Es sollen sich Unterkünfte angeschaut werden, um ein Überblick über die Menschen zu bekommen. Eine Großstadt besteht nur aus Fremden. Es ziehen ständig neue Menschen hinzu. Nicht die Menschen, sondern das System muss den Einrichtungen das Notwendige zukommen lassen. Die Nachbarn brauchen die Möglichkeit, die Menschen dort kennenlernen zu können. Dort müssen sich Eltern und Kinder treffen können. Man kann sich nicht integrieren sondern nur anpassen. Diese Nachbarn wird niemand merken, nur bei den Kindern, da brauchen wir dauerhaft Geld.

ÖP

Auch wenn ich mich unbeliebt mache, möchte ich das Thema Sicherheit ansprechen? Ich weiß, dass 70% derjenigen, die den Öjendorfer Park benutzen, Migranten sind. 60% Türken, 15% Asiaten. Mit denen haben wir keine Schwierigkeiten.

Wie garantiert die Stadt die Sicherheit in dem Park? Nach den letzten Nachrichten habe ich Angst. Die Integration ist ja irgendwo gescheitert. Das hat nichts damit zu tun, dass das Ausländer sind, das würden die Deutschen unter diesen Voraussetzungen auch tun. Aber wie ist das mit der Sicherheit im Park? Kann der beleuchtet werden? Können mehr Bänke aufgestellt werden? Was ist mit den Bushaltestellen, diese benötigen auch noch Überdachung.

Bodo Hafke

Ich kann es nur mitnehmen. Klar, das ist ein Themenkomplex.

NM

Die Integration geschieht zu 50% in der ersten Zeit in diesem neuen Quartier. Die Menschen brauchen etwas zu tun. Ich hätte genau so viel Sorge, wären da 1.200 Sozialhilfeempfänger, die nichts zu tun haben. Man hat zu viele Leute mit zu viel Zeit auf einem Fleck.

NM

Für mich war klar, man kann es nicht hervorsehen. Es gibt keine Garantie. Die Frage ist ,ob man mit evolutionären Prozessen etwas gewinnt, sich Schrittweise dem ganzen nähert und das mehr überwacht. Welche Kraft haben Mütter und Kinder als Eingang zur Anpassung an die Gemeinschaft.

Teilnehmer (Politik):

Berichtet von Erfolgen im Aufbau des Stadtteiles mit Hilfe der Eltern und Kinder.

NM

Wir haben Verantwortung übernommen für die 100 Leute, die in der Initiative sind. Meine eigene Angst ist weniger vor dem Ausländer, sondern vor den Ungebildeten. Das Ziel ist, die Angst der Menschen zu nehmen, für die wir nun Verantwortung übernommen haben. Und Sicherheit darf man und sollte man unbedingt ansprechen dürfen. Wo kämen wir da hin, wenn man das nicht mehr ansprechen darf?

ÖP

Die für uns wichtigsten Punkte wurden erwähnt, einen Forderungskatalog haben wir dabei, aber es wurde bereits alles ausgeführt. Wichtig ist, Step-by-Step vorzugehen.

Menschenansiedlungen haben sich immer vergrößert und sind nie auf einem Schlag da gewesen. Der Bezirk sollte sich darüber Gedanken machen. Wichtig ist außerdem, dass alle Wege des Parks mit Beleuchtung bestückt werden sollten.

AD

Meine Vorgängerin hat vergeblich versucht, einen Straßensozialarbeiter einzuführen. Erst durch eine Pressemitteilung wurde ein Zustand der Befriedung erreicht. Eine gute Idee war, zu schauen, welche Größe hat das und was brauchen wir dafür? Die ganze soziale Infrastruktur. Begegnungsmöglichkeiten.

AD

Wenn wir nichts tun, haben wir die Probleme. Sie müssen eine Liste von Risiken offenlegen! Es ist eine neue Situation, in der Sie selbst unter neuem Druck stehen. Das Gefühl dieser Menschen hier ist, es ist eigentlich schon alles fertig. Sie müssen den Menschen das Gefühl geben, dass sie noch etwas ändern können. Damit steht und fällt die Akzeptanz.

Teilnehmer (Politik)

Ich möchte eine Erklärung zu den Menschen abgeben, die Angst haben. Klar, der Jungfernstieg ist als Brennpunkt bekannt, da rotten sich viele zusammen. Aber unter anderem ja nur bei dem Apple-Laden, weil es dort freies WLAN zu finden gibt. Da geht aber keine Gefahr von aus.

In diese Unterkünfte werden keine Jugendlichen einsickern, die allein sind. In diesen Unterkünften sind keine Wohnungslosen unterzubringen.

ÖP

Sie kennen das Gebiet nicht. Auf dem Friedhof wird seit Jahren gedealt. Wie kann man einen Zugriff sichern in einem Waldgebiet?

Markus Birzer

Bei verschiedenen Workshops wird die Polizei anwesend sein, um Fragen nach polizeilicher Prävention zu beantworten. Dort können solche Fragen geklärt werden.

NM

Herr Kock ist Politiker und er hat gesagt, dass die Familien ausgesucht werden. Versprechungen bringen sehr wenig. Transparenz und Offenheit ist wichtig. Ich habe bei Frau Groß gehört, dass es nicht nur Familien sind, die dort wohnen werden.

Ursula Groß

Man wird es am Ende des Verfahrens wissen. Ich halte es für unrealistisch, davon auszugehen, dass wir in Hamburg-Mitte nur die ‚besten Familien‘ da unterbringen. Auch Einzelpersonen sollen dort mit untergebracht werden. Wir sprechen genau mit diesem Ziel jetzt darüber, auch um Transparenz zu schaffen.

Bodo Hafke:

Es wird immer eine Frage der Mischung sein. Diese Fragestellung betrifft die gesamte Stadt, das dürfen wir nicht vergessen. Es ist nicht so, dass es jetzt Sie persönlich vor Ort betrifft. Das gilt für die gesamte Stadt. Das ist eine gesellschaftliche Frage: Wie gehen wir auf Dauer damit um?

NM

Die Statistik sagt, es sind 1,1 Millionen und davon 70% junge Männer, wir benötigen Antworten, wer dort einziehen wird.

Frau Groß, schauen Sie sich nochmal die Baufelder an. Fangen Sie damit an. Machen Sie auf eines der beiden Felder kleinteilige Geschichten.

Teilnehmer (Politik)

Die Menschen, die dort einziehen, die haben keine Langeweile. Die müssen ein strammes Programm durchführen. Sprachtraining, Integrationskurse – so viel Freizeit haben die nicht.

NM

Genau dann, wenn die Leute hin und her müssen, entsteht neuer Verkehr.

Teilnehmer (Politik)

Das soll vor Ort passieren. Deshalb muss man sich jetzt dafür einsetzen, dass dort soziale Infrastrukturen geschaffen werden.

Markus Birzer

Ich möchte hier schließen. Ich bedanke mich für die sehr gut funktionierende Gesprächsrunde.

Bodo Hafke

Ich bedanke mich für den intensiven Austausch. Alle Anmerkungen werden mitgenommen. Man muss eine gemeinsame Linie finden, wir nehmen Sie da ernst. Sicherheitsfragen sind ganz wichtig, auch die Frage der Verkehrszuführung. Die Fragen sind bei uns angekommen, auch der Hinweis, dass wir nicht zu leicht mit Antworten kommen dürfen. Ich finde es wirklich gut, dass Sie hier so tiefgreifende Fragen stellen die uns auch angehen und helfen. Vielleicht können wir die Kraft bündeln.

NM

Das „Zusammen“ ist das Wichtigste – wir wollen als nächstes dann Antworten bekommen.

Bodo Hafke

Wir sind im Prozess, das Wichtigste ist, dass Sie uns Ihre Probleme vermitteln. Eine gemeinsame Einschätzung zu finden scheint mir sehr wichtig zu sein.

MB

Es wird in aller Voraussicht nach im Internet eine Übersicht der Fragen und Antworten geben.

gez.

Michél Slottag

Markus Birzer